



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
24. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018
am Dienstag, 07.06.2016

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links
(GAL)
Heidemarie Menorca- CDU
Peter Petereit- SPD
Henning Stabe- CDU

bis 18.35 Uhr (TOP 9.4)

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Yavuz Berrakkarasu- Die PARTEI-PIRATEN
Manuela Kusch- Bü90/DIEGRÜNEN
Felix Kösters- SPD
Volker Nehrhoff- CDU
Natalie Regier- BfL
Joachim Schlitzke- FDP
Ulrike Siebdrat- SPD
Sieglinde Thors- CDU
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE

Vertretung für: Frau Akyurt, Michelle

Vertretung für: Herrn Köpsell, Jean Paul

Vertretung für: Frau Gersdorf, Nil

Vertretung für: Herrn Thalau, Thomas

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales
Monika Borso-
Dr. Ralf Cummerow-
Christine Koretzky- Stadtplanung (5.610)
Ralf Kuschnierz-
Elke Sasse-
Matthias Schröder-
Claudia Schwartz-
Anke Seeberger-
Matthias Wulf-

Protokollführung

Britta Bormann-

Gäste

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	nur ÖT
Beate Herrmann- Personalrat SIE	nur ÖT
Peter Jugert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Volker Krause- BfL	
Karin Oswald- Seniorenbeirat	nur ÖT
Anette Quast- Entwicklungsbüro TOLLERORT	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN	fehlt entschuldigt
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nil Gersdorf- CDU	fehlt entschuldigt
Jean Paul Köpsell- SPD	fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. **Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**
2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**
3. **Feststellung der Tagesordnung**
4. **Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 03.05.2016**
5. **Mitteilung des Vorsitzenden**
6. **Berichte**
 - 6.1. Bürgerschaftsbericht zum Ergänzungsvertrag des Betreuungsvertrages zwischen der Hansestadt Lübeck und der Gemeindediakonie Lübeck e.V. vom 30.9./4.11.1991 über die Aufgabe der Betreuung von Asylbewerbern/Asylbewerberinnen
Vorlage: VO/2016/03766
7. **Beschlussvorlagen**
 - 7.1. Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung
Vorlage: VO/2016/03679
 - 7.2. Soziale Stadt Moisling - Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat im Fördergebiet sowie Grundsätze über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds (5.610)
Vorlage: VO/2016/03682
 - 7.2.1. Soziale Stadt Moisling – Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat VO/2016/03682
-Stellungnahme des Frauenbüros-
Vorlage: VO/2016/03805
 - 7.2.2. Soziale Stadt Moisling – Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat VO/2016/03682
Änderungs-/Ergänzungsempfehlung des Ausschusses für Soziales
8. **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**
9. **Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**
 - 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 07.06.2016
Vorlage: VO/2016/03792

9.2. Unterkünfte für Obdachlose (Mitteilung Herr Senator Schindler)

9.3. Aktuelle Situation Asyl

9.3.1. Gewerbliche Unterbringung von Flüchtlingen

9.4. Entwurf eines Integrationsgesetzes

10. Anfragen/Antworten

10.1. Kosten der vereidigten Dolmetscher im Fachbereich 2
Anfrage AM Heidi Menorca

11. Anträge von Ausschussmitgliedern

12. Verschiedenes

19. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 24. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Frau Bade (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), Herrn Krause (Mitglied der Bürgerschaft), Frau Oswald und Herrn Jugert vom Seniorenbeirat, einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Zum TOP 7.2 – Soziale Stadt Moisling – heißt der Vorsitzende die Quartiersmanagerin Frau Anette Quast vom Entwicklungsbüro TOLLERORT willkommen.

Frau Kusch vertritt Frau Akyurt.

Herr Köpsell, Herr Thalau und Frau Gersdorf werden durch Herrn Kösters, Frau Thors und Herrn Nehrhoff vertreten.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Kusch, Herrn Kösters, Frau Thors und Herrn Nehrhoff gem. § 46 (6) der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

- 9.2 Unterkünfte für Obdachlose
- 9.3 Aktuelle Situation Asyl
- 9.3.1 Gewerbliche Unterbringung von Flüchtlingen
- 9.4 Entwurf eines Integrationsgesetzes

Der Zuordnung der TOPE 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

TOP 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 03.05.2016

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

TOP 5 Mitteilung des Vorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

TOP 6 Berichte

TOP 6.1 Bürgerschaftsbericht zum Ergänzungsvertrag des Betreuungsvertrages zwischen der Hansestadt Lübeck und der Gemeindediakonie Lübeck e.V. vom 30.9./4.11.1991 über die Aufgabe der Betreuung von Asylbewerbern/Asylbewerberinnen Vorlage: VO/2016/03766

Zum Inhalt des Berichts erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 Beschlussvorlagen

TOP 7.1 Entschuldungsfonds der Possehl-Stiftung Vorlage: VO/2016/03679

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 30.000,-- Euro wird angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

TOP 7.2 Soziale Stadt Moisling - Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat im Fördergebiet sowie Grundsätze über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds (5.610) Vorlage: VO/2016/03682

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2.1 und 7.2.2

Frau Oswald erklärt zunächst ihr Bedauern darüber, dass der Seniorenbeirat nicht um Stellungnahme zu der Vorlage des FB 5 gebeten wurde.

Frau Quast berichtet sodann mittels einer powerpoint-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) über die Arbeit des Quartiersmanagements sowie über Aufgaben und Besetzung des Stadtteilbeirats. Der Stadtteilbeirat ist nach Aussage von Frau Koretzky ein „unpolitisches Gremium“ mit Entscheidungsbefugnis ausschließlich über die Verwendung der Mittel aus dem Verfügungsfonds.

Herr Schaffenberg äußert sich kritisch darüber, dass die politischen Vertreter „rausgehalten“ werden sollen; diese könnten sich gut in die Arbeit des Stadtteilbeirats einbringen. Frau Koretzky erwidert, jeder politische Vertreter habe die Möglichkeit, an den Sitzungen teilzunehmen; er habe nur kein Stimmrecht.

Es sprechen außerdem Frau Sasse, Frau Zunft und Herr Klinkel. Fragen von Frau Menorca, Herrn Schlitzke, Herrn Nehrhoff und Frau Bade zur Zusammensetzung des Stadtteilbeirats beantwortet Frau Quast.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Ergänzungsantrag des Frauenbüros in der dortigen Stellungnahme vom 01.06.2016 abstimmen (TOP 7.2.1).

Soziale Stadt Moisling – Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat VO/2016/03682

-Stellungnahme des Frauenbüros-

Insbesondere Stadtteilgremien sind eine gute Möglichkeit, insbesondere Bürgerinnen in lokale Entscheidungsstrukturen verstärkt einzubinden.

Vor dem Hintergrund des niedrigen Frauenanteil in der Lübecker Bürgerschaft gibt es hier in Lübeck insbesondere die Notwendigkeit, jede Möglichkeit, mehr Frauen für kommunalpolitische Entscheidungsstrukturen zu gewinnen, zu nutzen.

Aus diesem Grund und wegen der gesetzlichen Vorgaben ist die Geschäftsordnung folgendermaßen zu ergänzen:

Nach der Auflistung der Mitglieder unter a) und b) und vor „Die Amtszeit des Stadtteilbeirates beträgt 2 Jahre“... einpflegen folgenden Satzes:

„Eine geschlechterparitätische Besetzung entsprechend §15 GStG des Stadtteilbeirates ist möglichst sicherzustellen.“

Der Ausschuss empfiehlt dem Bauausschuss mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, die Stellungnahme des Frauenbüros entsprechend zu berücksichtigen.

Herr Petereit rät zudem dringend, den Stadtteilbeirat um 2 Plätze für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil Moisling zu erweitern, um diesen dort stark vertretenen Personenkreis in die Arbeit einzubeziehen.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung (16.35 Uhr – 16.40 Uhr) zwecks Beratung formuliert Herr Petereit folgenden Antrag (TOP 7.2.2):

Die Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat im Fördergebiet Moisling/„Soziale Stadt“ wird wie folgt geändert/ergänzt:

„Zusammensetzung des Stadtteilbeirates

*Der Stadtteilbeirat besteht aus maximal **21** Mitgliedern und setzt sich grundsätzlich zusammen*

aus

a) 17 gewählten Mitgliedern mit Stimmrecht

BewohnerInnen 9 Mitglieder

Migrantenorganisation 1 Mitglied

Gewerbetreibende/r 1 Mitglied

Wohnungsbaugesellschaften 1 Mitglied

Grundeigentümer/innen 1 Mitglied

Kirche 1 Mitglied

Schulen 1 Mitglied

Soziale Einrichtungen 1 Mitglied

Vereine, Verbände und Initiativen 1 Mitglied

b) 2 gewählten Kindern/Jugendlichen aus dem Stadtteil Moisling mit Stimmrecht

c) sowie zwei delegierten Mitgliedern ohne Stimmrecht.

Quartiersmanagement 1 Mitglied

Stadtverwaltung (Fachbereich Planen und Bauen) 1 Mitglied“

Der Ausschuss empfiehlt dem Bauausschuss einstimmig, die o.a. Änderungen/Ergänzungen in der Geschäftsordnung zu berücksichtigen.

Frau Koretzky äußert diesbezüglich ihre Bedenken.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage zu TOP 7.1 abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat im Fördergebiet Moisling wird beschlossen.
2. Die Grundsätze der Hansestadt Lübeck über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds im Rahmen der Städtebauförderungsrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein werden beschlossen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Bauausschuss, gemäß Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der o.a. Änderungen/Ergänzungen der Geschäftsordnung (TOP 7.2.1/7.2.2) zu entscheiden.

**TOP 7.2.1 Soziale Stadt Moisling – Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat
VO/2016/03682
-Stellungnahme des Frauenbüros-
Vorlage: VO/2016/03805**

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2 und 7.2.2
Auf die Ausführungen unter TOP 7.2 wird verwiesen.

**TOP 7.2.2 Soziale Stadt Moisling – Geschäftsordnung für den Stadtteilbeirat
VO/2016/03682
Änderungs-/Ergänzungsempfehlung des Ausschusses für Soziales**

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2. und TOP 7.2.1
Auf die Ausführungen unter TOP 7.2 wird verwiesen.

TOP 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

TOP 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

**TOP 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 07.06.2016
Vorlage: VO/2016/03792**

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Zu dem dortigen Posten „Koordinierungsstelle Ehrenamt“ erklärt Herr Senator Schindler, zum Thema ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe liege eine Richtlinie des Landes im Entwurf vor.

Zu gegebener Zeit werde dazu ausführlich berichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.2 Unterkünfte für Obdachlose (Mitteilung Herr Senator Schindler)

Die Vorwerker Diakonie sucht nach einer Alternative für die Friedrich-List-Schule, deren Räumlichkeiten ursprünglich vorgesehen waren für die Unterbringung und Betreuung obdachloser Menschen, die allerdings vom FB 4 für zusätzliche Klassenräume benötigt werden.

Diesbezüglich liegt bereits eine Vereinbarung zwischen der Hansestadt Lübeck und der Vorwerker Diakonie im Entwurf vor, die Ende Juni als Bericht in die Bürgerschaft gehen wird. Herr Senator Schindler zeigt sich zuversichtlich, Grundstücke für eine „Neubaulösung“ zu finden.

Auf Nachfrage von Frau Zunft teilt Herr Senator Schindler mit, für eine Übergangszeit stünden die zusätzlichen Räumlichkeiten im Meesenring weiterhin zur Verfügung; die Vorwerker Diakonie plane außerdem, im kommenden Sommer eines ihrer Gebäude leerzuziehen und für die Unterbringung von Obdachlosen zur Verfügung zu stellen (für ca. 20 Personen); eine Unterbringung erfolge auch weiterhin in Hotels/Appartements.

Gegenüber Herrn Stabe erklärt Herr Senator Schindler, die Unterbringung Obdachloser in den freigewordenen Containern auf dem Volksfestplatz werde im Notfall in Betracht gezogen.

Fragen von Frau Menorca (u.a. zu den Räumlichkeiten archäologisches Archiv/ Gebäude Grünflächenamt Willy-Brandt-Allee sowie zu den drei für das gescheiterte „INTEGRA-Projekt“ ursprünglich vorgesehenen Grundstücken) und Frau Bade (Planungen von Wohnraum für Menschen mit Behinderung/Barrierefreiheit) beantworten Herr Senator Schindler und Herr Wulf.

Herr Senator Schindler verweist in diesem Zusammenhang auf die geplante „Verbilligungsrichtlinie“ der Hansestadt Lübeck, nach der Wohnungsbaugesellschaften Grundstücke günstiger erwerben können, wenn dort Sozialwohnungen gebaut werden.

Auf den Vorschlag von Herrn Klinkel, auch auswärtige Wohnungsbauunternehmen anzusprechen, verweist Herr Senator Schindler auf die bereits praktizierten deutschlandweiten Ausschreibungen.

Außerdem spricht Herr Schaffenberg.

Frau Schwartz wird zur nächsten Sitzung des Ausschusses Zahlen zum sozialen Wohnungsbau, Wohnungssuchenden und Obdachlosen vorlegen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.3 Aktuelle Situation Asyl

Frau Schwartz führt zur aktuellen Situation folgendes aus:

Im Mai 2016 wurden der Stadt Lübeck rund 100 Flüchtlinge zugewiesen.

In diesem Monat ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen; erwartet werden weniger als 50 zugewiesene Flüchtlinge.

Allerdings ist in der 2. Jahreshälfte durch die vermehrte Nutzung der Mittelmeerroute wieder mit einem deutlichen Anstieg der Zahlen zu rechnen.

Im Bornkamp können nun die Neustädter Häuschen bezogen werden.

Auch bedingt durch auslaufende Mietverträge in einigen Gemeinschaftsunterkünften sowie durch die angestrebte „Durchmischung“ der einzelnen Personen(-gruppen) werden Umzüge erforderlich sein, die vermutlich für einige Unruhe sorgen werden.

Herr Schaffenberg und Herr Klinkel sprechen Frau Schwartz und ihren MitarbeiterInnen ihren Dank für die geleistete Arbeit aus.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.3.1 Gewerbliche Unterbringung von Flüchtlingen

Herr Senator Schindler verweist auf den von der CDU-Fraktion in der Bürgerschaftssitzung am 26.05.2016 gestellten Dringlichkeitsantrag zur „Notunterkunft an der Untertrave“ (VO/2016/03820; hat in der Bürgerschaft keine Dringlichkeit erhalten).

Anlässlich der Diskussionen um die Unterbringung von Flüchtlingen in gewerblichen Unterkünften und die damit verbundenen Kosten gibt Herr Senator Schindler zu bedenken, dass es angesichts der Flüchtlingszahlen in 2015/Anfang 2016 keine Alternativen mehr gab, diese Menschen unterzubringen. Sie waren aber untergebracht und wurden betreut. In den letzten Monaten wurden 350 neue Plätze geschaffen; Baugenehmigungen wurden erwirkt.

Aufgrund der bereits von Frau Schwartz geschilderten unsicheren Lage ist ein vollständiges Leerziehen der gewerblichen Unterkünfte weiterhin nicht möglich.

Bezüglich einer Nutzung von Containern auf dem Volksfestplatz findet ein Austausch mit dem Land statt; für die weitere Prüfung wurden von hier Eckdaten angefordert. Herr Senator Schindler gibt allerdings zu bedenken, dass dort die Betreuung der Flüchtlinge im Sinne einer „Anleitung zum selbstständigen Leben“ nicht in gewohnter Weise sichergestellt werden könnte (z.B. ist kein Küchencontainer vorhanden). Zudem sei der Volksfestplatz vorgesehen für festen Wohnungsbau mit einem Anteil an sozialem Wohnungsbau.

Frau Zunft lehnt eine Unterbringung in Containern ab. Eine gewerbliche Unterbringung sei mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden; die Vermieter „verdienen sich mit der Not der Menschen eine goldene Nase“. Es müsse daher schnell gebaut werden. Auch Herr Klinkel ärgern die „Geschäftemacher“; entscheidend sei jedoch (so auch Herr Schaffenberg), dass die Unterbringung der Flüchtlinge gewährleistet werde.

Frau Regier merkt kritisch an, dass die Verwaltung in den Ausschusssitzungen bisher keine Informationen zu den Kosten der gewerblichen Unterbringungen gegeben hat. Frau Regier und Frau Menorca wünschen sich diesbezüglich mehr Transparenz und bitten um Aufgabe der Zahlen zur nächsten Sitzung.

Auf Nachfrage von Frau Menorca erklärt Frau Schwartz folgendes: In der Unterkunft An der Untertrave werden seit Oktober 2015 Flüchtlinge untergebracht; diese werden von der Gemeindediakonie betreut.

Es sprechen außerdem Herr Schlitzke und der Vorsitzende.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.4 Entwurf eines Integrationsgesetzes

Herr Tag stellt die Eckpunkte des zur Zeit im Entwurf vorliegenden Integrationsgesetzes anhand der als Anlage 2 beigefügten powerpoint-Präsentation vor. Das Gesetz soll im Juli in Kraft treten.

In diesem Zusammenhang erklärt Herr Tag, dass das Jobcenter bei der Ausführung des Integrationsgesetzes nicht federführend ist.

Fragen von Frau Kusch (Sanktionen) und Frau Bade (Berufe der Flüchtlinge anerkannt?) werden von Herrn Tag beantwortet.

Herr Stabe verlässt die Sitzung um 18.35 Uhr.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10 Anfragen/Antworten

**TOP 10.1 Kosten der vereidigten Dolmetscher im Fachbereich 2
Anfrage AM Heidi Menorca**

Frau Menorca stellt folgende Anfrage:

Wie hoch sind die Kosten für die Leistungen durch vereidigte Dolmetscher?
Welcher Stundensatz wird zu Grunde gelegt?
Was beinhaltet diese Tätigkeit?
Hat die Hansestadt Lübeck Möglichkeiten auf eine Kostenerstattung?

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 12 Verschiedenes

Frau Menorca erinnert nochmals an ihre - mit dem Organigramm aus ihrer Sicht nicht ausreichend beantwortete - Anfrage in der Ausschusssitzung am 02.02.2016 bezüglich der „Zuständigkeit Mehrgenerationenhaus“ (seinerzeit TOP 10.3) und bittet um Aufnahme in die Tagesordnung für die nächste Sitzung.

Außerdem erbittet Frau Menorca einen Zwischenbericht zur LübeckCard, in dem u.a. auch die Frage beantwortet wird, ob im Lübecker Stadtgebiet ehrenamtlich Tätige mit Wohnsitz außerhalb Lübecks in den Genuss der LübeckCard kommen können.

Herr Senator Schindler teilt mit, dass heute – zeitgleich mit dieser Sitzung – der „4. Deutsche Diversity-Tag“ stattfindet.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet nach der Sommerpause am Dienstag, den 06.09.2016, um 16.00 Uhr im VZM statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Ausschusssitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 12. September 2016

gez.

Andreas Sankewitz
Vorsitzender

gez.

Britta Bormann
Protokollführung